



Internationale Politik
und Gesellschaft

Claudia Detsch

Nikolaos Gavalakis

Catrina Schläger (Hg.)

IDEEN

MEINUNGEN

KONTROVERSEN

Die wichtigsten Debatten 2020



Impressum

IPG – Internationale Politik und Gesellschaft

Verantwortlich: Catrina Schläger

Redaktionsleitung: Claudia Detsch, Nikolaos Gavalakis

Lektorat: Sabine Dörfler

www.ipg-journal.de

Redaktionsanschrift:

Internationale Politik und Gesellschaft

Friedrich-Ebert-Stiftung | Internationale Politikanalyse

Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Tel. +49 (0)30 / 269 35-77 09 | Fax +49 (0)30 / 269 35-92 48

redaktion@ipg-journal.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet

diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;

detaillierte bibliografische Daten sind im Internet

über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0594-2

Copyright © 2020 by

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH

Dreizehnmorgenweg 24 | 53175 Bonn

Gesamtgestaltung & Satz: Ralf Schnarrenberger | Hamburg

Druck und Verarbeitung: BookPress | Olsztyn

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Poland 2020

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

JANUAR

VERGESST DIE USA

Von Adam Tooze 10

»WIR SIND NICHT DIE SCHWEIZ«

Ein Gespräch
mit Wolfgang Ischinger 18

»GROSSE PARTEIEN FÜR KLEINE LEUTE«

Ein Gespräch mit Peter Brandt 24

»WO BLEIBT DIE LINKE VISION FÜR DAS DIGITALE ZEITALTER?«

Ein Gespräch
mit Evgeny Morozov 32

DAMOKLESSCHWERT HANDELSKRIEG

Von Sebastian Dullien, Sabine
Stephan, Thomas Theobald 36

FEBRUAR

BORIS GEGEN DIE BBC

Von Aaron Burnett 42

»DER OSTEN HAT SICH ENTLIEBT«

Ein Gespräch mit Ivan Krastev 46

DEUTSCH-POLNISCHE EISZEIT

Von Maria Skóra 51

HAWKINGS ALBTRAUM

Von Justin Nogarede 56

MÄRZ

»TRÄUME ICH GERADE, ODER WAS IST HIER LOS?«

Ein Gespräch
mit Rutger Bregman 62

VON EBOLA LERNEN

Von Crystal Simeoni 70

ERBSCHAFT FÜR ALLE

Ein Gespräch mit Thomas Piketty 75

KRISENZEIT

Von Joris Steg 81

DIE KRISE DER KONSERVATIVEN

Von Julian Nida-Rümelin 87

APRIL

DIE TEUFELSMÜHLE

Von Vladimir Bogoeski 92

EIN TEUFELSKREIS AUS REICHTUM UND MACHT

Ein Gespräch mit Robert Reich 97

MEHR ALS NÄCHSTENLIEBE

Von Martin Schulz 103

KLARE KANTE

Von Katarina Barley 107

MAI

»DIE EU MUSS STÄRKER AUS DER CORONA-KRISE HERVORGEHEN«

Ein Gespräch
mit Reiner Hoffmann 112

BRAVE MÄDCHEN

Von Claudia Detsch 119

»ÄNGSTE UND WUT GEGEN EIN GEMEINSAMES FEINDBILD RICHTEN«

Ein Gespräch mit Julia Ebner 124

MEHR STREIT!

Von Catrina Schläger 131

DEUTSCHLAND UND DIE NUKLEARE TEILHABE

Von Rolf Mützenich 137

JUNI

DIE PANDEMIE-PROFITEURE

Von Pia Eberhardt 144

AUFSTIEG UND FALL DER SOZIALDEMOKRATIE

Ein Gespräch mit Simon Hix 149

NEUER TON GEGENÜBER CHINA

Von Nils Schmid 158

EIN OFFIZIER UND KEIN GENTLEMAN

Von Risa Brooks 163

DIE AMERIKANISCHE ILLUSION

Von Knut Panknin 168

JULI

DIE WUT DER KULTURKRIEGER

Von Karin Pettersson 174

WUMMS HAT'S GEMACHT ...

Von Björn Hacker 180

DER DRANG NACH POLITISCHER UNSTERBLICHKEIT

Von Branko Milanović 186

EUROPÄISCHE HILFLOSIGKEIT

Von Moritz Wiesenthal 191

**»WER IST DENN
HIER UTOPISCH?«**
Ein Gespräch mit Maja Göpel 196

AUGUST

WETTKAMPF IM LABOR
Ein Gespräch
mit Johannes Varwick 208

**DIE MÄR VON DER
ILLIBERALEN LINKEN**
Von Jan-Werner Müller 213

WIR GEGEN DIE
Von Laura-Kristine Krause 217

SEPTEMBER

AUF DIE SPITZE GETRIEBEN
Von Cansel Kiziltepe 224

**»VERENGUNG AUF NORD
STREAM 2 LÖST PROBLEME
NICHT«**
Ein Gespräch
mit Gabriela Heinrich 229

APOKALYPSE ABGESAGT
Von Eugene Ngumi 232

TRUMP IST SCHULD!
Von Sheri Berman 237

**DIE ALLIANZ
DER FREIHEITSFEINDE**
Von Christian Krell 243

IM GRÖSSENWAHN
Von Paul Mason 247

OKTOBER

DAS ORAKEL VON WASHINGTON
Ein Gespräch
mit Allan Lichtman 256

**ÜBER DEN (UN-)SINN
VON SANKTIONEN**
Von Julia Grauvogel 263

IM OSTEN WAS NEUES
Von Fjodor Lukjanow 268

WORTE WIE WAFFEN
Von Anna-Lena von Hodenberg 273

NOVEMBER

DIE GESCHÄFTEMACHER

Von Helmut Reisen 280

SCHATTENBOXEN DOWN UNDER

Von James Laurenceson 286

DEZEMBER

DIE PERVERTIERUNG DES ISLAM

Von Katajun Amirpur 294

VATERLANDSLOSE GESELLEN

Von Ayad Al-Ani 299

»GEGEN STEROIDGEFÜTTERTE STAATSEIGENE BETRIEBE KOMMEN WIR NICHT AN«

Ein Gespräch mit Jörg Wuttke 304

JANUAR

VERGESST DIE USA

**Globale Klimapolitik braucht eine ambitionierte Kooperation zwischen China und dem Westen.
Trumps USA fallen aus – es kommt auf Europa an.**

Von Adam Tooze

In der Geschichte gibt es Wendepunkte. Momente, auf die es ankommt, die einen Anfang und ein Ende markieren. Wie Martin Luther King einst mahnte, kann es passieren, dass »man zu spät kommt«. So kann die Politik unter unerbittlichen Druck geraten. Im Zusammenhang mit der globalen Klimapolitik könnte das Jahr 2020 solch ein Wendepunkt sein – und Europa darf auf keinen Fall zu spät kommen.

Wie wichtig die globale UN-Klimakonferenz COP 26 ist, die vom 9. bis 19. November in Glasgow stattfinden wird, ist schon lange bekannt. In Glasgow steht nach dem Pariser Klimaschutzabkommen 2015 eine neue Runde aktualisierter nationaler Verpflichtungen an, die der zunehmend beunruhigenden Gefahr des Klimanotstands gerecht werden.

Schon 2015 war klar, dass die nationalen Ziele, die in das Pariser Abkommen eingingen, nicht ausreichen würden, um wie angestrebt die globale Erwärmung auf 2 Grad Celsius zu beschränken, geschweige denn das erwünschte 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Dieser Widerspruch wurde 2015 hingenommen, weil man ein Abkommen erreichen wollte, das alle verpflichtete, von den widerspenstigen bis hin zu den klimabewussten Ländern. Klimaaktivisten spekulierten darauf, dass die nationalen Ziele nach und nach verbessert werden würden. Auf der COP 26 in Glasgow – der ersten globalen Konferenz

in Großbritannien nach dem Brexit – muss diese Wette nun fünf Jahre später aufgehen.



Im globalen Emissions-Puzzle sind einzelne EU-Staaten mittlerweile nur noch kleine Teilchen. Doch als Block ist die EU der drittgrößte Emittent der Welt.

Die Latte liegt hoch. Weltweit steigen die CO₂-Emissionen weiter an, die Uhr tickt. Mit jedem Jahr wird der Weg zur Nachhaltigkeit steiler und anspruchsvoller, technisch, wirtschaftlich und politisch. Der im Dezember 2019 veröffentlichte neuste »Emissions Gap«-Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen besagt, dass die Staaten ihre Ziele für die Senkung des Treibhausgasausstoßes verdreifachen müssen.

Wie stehen die Aussichten, dass diese Ziele erreicht werden, und was kann Europa beitragen? Im globalen Emissions-Puzzle sind einzelne EU-Staaten mittlerweile nur noch kleine Teilchen. Doch als Block ist die EU der drittgrößte Emittent der Welt. Und in der Klimadiplomatie kommt ihr seit den 1990er Jahren eine Schlüsselrolle zu.

Nach dem Fiasko der Klimakonferenz von Kopenhagen 2009, als die Tagung zu Ende ging, ohne dass auch nur eine symbolische Vereinbarung getroffen worden wäre, machte die EU den Weg für Paris 2015 frei. Sie erklärte sich bereit, sich unilateral zu einer zweiten Runde von Emissionsreduktionen nach dem Kyoto-Protokoll von 1997 zu verpflichten. Bedingung der EU war, dass Indien und China einem umfassenden Klimapakt beitreten. Dieser Deal 2011 in Durban öffnete die Tür zu jeweils bilateralen Vereinbarungen zwischen Peking, Delhi und Washington.



Trumps Regierung greift auch die geopolitische Voraussetzung für das Pariser Abkommen an: die Möglichkeit einer dauerhaften Kooperation zwischen dem Westen und China.

Voraussetzung für diese Vereinbarungen war es natürlich, dass im Weißen Haus ein Klimaaktivist sitzt. Heute führt Donald Trumps Amerika eine Koalition der Unwilligen. Die Vereinigten Staaten werden ihren formalen Austritt aus dem Pariser Abkommen am 4. November, wenige Tage vor Beginn des COP 26, vollziehen. Das ist, wie es der Zufall will, der Tag nach der Präsidentschaftswahl.

Das Ergebnis dieser Wahl ist alles andere als sicher. Doch selbst in dem unwahrscheinlichen Fall, dass die Demokraten die Präsidentschaft und beide Häuser des Kongresses erobern, wissen wir, wie wenig wir von den USA erwarten dürfen. Sowohl Bill Clinton als auch Barack Obama wurden vom Senat ausgebremst, in dem eine parteiübergreifende Mehrheit jedes verpflichtende internationale Klimaabkommen ablehnt. Die amerikanische Klimadiplomatie steht daher auf schwachen Füßen. Weil das Pariser Abkommen vom Senat nie ratifiziert wurde, hatte es die Regierung Trump auch so einfach, sich daraus zurückzuziehen.

Doch das Problem ist noch größer. Trump lehnt nicht nur die globalen Klimaverpflichtungen Amerikas ab. Seine Regierung greift auch die geopolitische Voraussetzung für das Pariser Abkommen an: die Möglichkeit einer dauerhaften Kooperation zwischen dem Westen und China. Die USA haben offen einen Großmachtwettlauf mit Peking ausgerufen, eine Haltung, die nicht nur Außenseiter in Trumps Gefolgschaft oder der Republikanischen Partei vertreten, sondern die auch das gesamte Sicherheits-Establishment der USA und weite Teile der Demokratischen Partei beeinflusst.



Wenn Amerika seine Beziehungen zu China offen antagonistisch definiert, geht Peking nicht das Risiko einer noch größeren Abhängigkeit von Erdöl und Flüssiggas ein.

Das jüngste Handelsabkommen »Phase eins« zwischen China und den USA ist nicht mehr als ein Waffenstillstand. Es befasst sich mit Zöllen und dem Großverkauf von Sojabohnen, doch größere Themen wie strategische Konkurrenz und technologische »Entkopplung« spart es aus. Es geht hier aber nicht nur um militärischen Wettbewerb, sondern auch um Aspekte der technologischen Ko-

operation und des Handels, von universitären Forschungseinrichtungen über U-Bahnen bis hin zu Mikrochips. Letztes Jahr ließ das US-Innenministerium seine Drohnen-Flotte, mit der Veränderungen in der Landnutzung und Flächenbrände überwacht werden, am Boden, weil die Drohnen in China hergestellt worden waren.

Auch in Peking gibt es, wenn auch nicht so offen wie in Trumps Amerika, Anzeichen dafür, dass das Land hinter das Pariser Abkommen zurückfällt. Unter dem Druck der Luftverschmutzung packte die Regierung Xi Jinping in den ersten Jahren die Energie- und Klimapolitik entschlossen an und signalisierte, dass sie die Kohlekraftwerke sauberer machen oder abschalten werde. Die jüngste Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und die zunehmenden Spannungen mit den USA haben diesen Ansatz zum Ausstieg aus der Kohle jedoch aufgeweicht.

Kohle mag schmutzig sein, aber sie ist eine sichere, im Inland verfügbare Energiequelle. China eröffnet immer noch mehr neue Kohlebergwerke – wenngleich sich das Tempo verlangsamt hat –, als im gesamten Rest der Welt geschlossen werden. Wenn Amerika seine Beziehungen zu China offen antagonistisch definiert, geht Peking nicht das Risiko einer noch größeren Abhängigkeit von Erdöl und Flüssiggas ein, das über gefährliche Seerouten importiert wird.



In der geopolitischen Arena, in der der Wettbewerb zwischen China und den USA zunimmt, haben die Europäer die Machtlosigkeit gewählt. Das heißt nicht, dass sie ohne Belang wären.

Chinas Energiewende wird deshalb nicht scheitern. Das Land wird seine Führungsposition in der Solarenergie, der Elektromobilität und der Batterientechnologie weiter ausbauen. Doch vor dem Hintergrund der geopolitischen Konfrontation wird China an der Kohle festhalten, und der wechselseitige Technologietransfer, der der globalen Energiewende Schwung geben müsste, wird weiter ausgebremst. Das bringt einen Zeitverlust mit sich, den wir uns nicht leisten können.

In der geopolitischen Arena, in der der Wettbewerb zwischen China und

den USA zunimmt, haben die Europäer die Machtlosigkeit gewählt. Das heißt nicht, dass sie ohne Belang wären. Eine neutrale Partei hat in einem Konflikt handfeste Vorteile. Europäische Unternehmen könnten davon profitieren, dass sie mit chinesischen Firmen enger zusammenarbeiten können als ihre Pendants in den USA. Durch ihre Marktmacht und ihren regulatorischen Einfluss könnte die EU auf beide Seiten einen gewissen Druck ausüben.

Doch in der Klimadiplomatie muss die EU aktiver agieren. Der Erfolg der COP 26 in Glasgow hängt an einem dünnen Faden. Die spanische Regierung rettete im Dezember dankenswerterweise die COP 25, nachdem Chile durch Massendemonstrationen in Santiago gezwungen war, die Ausrichtung abzugeben. Doch die Gespräche in Madrid waren unproduktiv und demoralisierend. Sie blieben bei der Suche nach einem internationalen CO₂-Handelsmechanismus stecken und kamen wegen der Rückzugsgefechte der konservativen Regierungen Australiens und Brasiliens nicht weiter.

Die Frage ist, ob Europa über den politischen Willen, die Führungsstärke und die Institutionen verfügt, um eine für Peking lohnende Partnerschaft einzugehen.

Für Glasgow bleibt die Hoffnung, dass die EU und China im Vorfeld bereits ein gutes Abkommen aushandeln, mit dem sie wichtige Mitglieder der G20 wie Japan und Indien einhegen können. Im komplexen Gewebe nationaler Gruppierungen werden in den Klimagesprächen Abmachungen von immer wieder neuen Koalitionen ausgehandelt.

Die EU sollte sich keinen Illusionen hingeben. Für Peking steht eine Vereinbarung mit Europa an zweiter Stelle. Doch da die USA ausfallen, ist die EU der einzige einigermaßen vergleichbare Partner, der etwas zu bieten hat. Im Dezember hieß es von Seiten einer globalen Allianz aus Think Tanks, das Sino-EU-Duo müsse nun die Ziele der globalen Klimapolitik vorantreiben.

Die EU hat echte Stärken. Sie verfügt über einen riesigen Markt. Dank ihrer technologischen Kapazitäten ist sie ein wichtiger Marktakteur im Bereich der erneuerbaren Energien. Sie hatte bereits ein CO₂-Bepreisungssystem, an dem sich China orientiert. Die Frage ist, ob Europa über den politischen Willen, die Führungsstärke und die Institutionen verfügt, um eine für Peking lohnende Partnerschaft einzugehen.



Die Kommission unter von der Leyen kündigte bei ihrem Amtsantritt einen Green Deal an. Doch es schmerzt zu sehen, wie gespalten die Mitgliedsstaaten sind und wie sie auf Zeit spielen.

Die Kommission unter von der Leyen kündigte bei ihrem Amtsantritt einen Green Deal an. Doch es schmerzt zu sehen, wie gespalten die Mitgliedsstaaten sind und wie sie auf Zeit spielen. Frankreich und Deutschland zanken sich um die Klassifizierung der Atomkraft als umweltfreundliche Technologie. Berlin zögerte das Ende der Finanzierung fossiler Brennstoffe durch die Europäische Investitionsbank hinaus und äußert sich nun skeptisch über eine Erhöhung des EIB-Kapitals. Polen bleibt eng mit der Kohle verwoben, und der in Deutschland erreichte Kompromiss über einen langen Ausstieg ist wahrlich kein leuchtendes Vorbild für andere.

Gefeilsche und taktisches Ausbremsen sind in der EU-Politik natürlich die Regel. Aber hat man aus der langen Agonie der Eurozonenkrise und deren negativen politischen Folgen wirklich nichts gelernt? Das richtige Timing ist entscheidend – 2020 beim Klima umso mehr.

Der Diskurs in Europa ist derzeit zu einem großen Teil nach innen gerichtet. Es geht um die Bedingungen für eine gerechte Energiewende. Die Gelbwesten-Proteste haben unerfreulich klar gezeigt, dass auf lange Sicht ein Sozialvertrag unerlässlich ist, wenn die Entkarbonisierung nachhaltig sein soll. Doch es gibt noch eine weitere Einschränkung: Wenn Europa in einer breiten globalen Koalition eine Führungsrolle einnehmen will, geht das nur auf der COP 26. Alle Anstrengungen müssen darauf ausgerichtet sein, die EU-Position möglichst schnell abzustimmen und zu einer Verständigung mit China zu gelangen. Wenn Europa wie ein »Schlafwandler« in die COP 26-Konferenz geht, riskiert es einen historischen Misserfolg.



Wenn die EU in Peking diejenigen stärken will, die sich für ehrgeizigere Klimaziele einsetzen, muss sie ihr eigenes Engagement für radikales Handeln deutlich machen, so schnell und überzeugend wie nur möglich.

Vor Glasgow haben die Europäer und Chinesen im September einen Gipfel in Leipzig anberaumt. Man sollte von solchen Gesprächen nicht zu viel erwarten. Auf der Tagesordnung werden viele schwierige Themen stehen, etwa Handel und der Huawei-Konzern. Beim Klima wird der chinesische Standpunkt von der Innenpolitik bestimmt sein. Eine Verpflichtung zu einer frühen Stabilisierung der Emissionen und eine Rückkehr zum Kohleausstieg hat enorme Auswirkungen auf Chinas Wirtschaft, Gesellschaft und strategische Position.

Der Einfluss Europas ist bestenfalls marginal. Doch wenn die EU in Peking diejenigen stärken will, die sich für ehrgeizigere Klimaziele einsetzen, muss sie ihr eigenes Engagement für radikales Handeln deutlich machen, so schnell und überzeugend wie nur möglich.

In der Praxis heißt das, dass – neben dem von der Kommission vorgestellten Green Deal – auch der Europäische Rat eine dringliche Aufgabe zu erledigen hat. Wenn bis zum Sommer eine EU-weite Einigung erreicht werden soll, ist keine Zeit zu verlieren. Der Rat muss das Frühjahr 2020 nutzen, um das Ziel für die jeweilige Emissionsreduktion in den einzelnen Staaten voranzutreiben.



Frankreich und Deutschland müssen ihre Positionen abstimmen und Streitigkeiten über Atomkraft vermeiden.

Frankreich und Deutschland müssen ihre Positionen abstimmen und Streitigkeiten über Atomkraft vermeiden. Weder Paris noch Berlin werden in dieser Frage nachgeben, und die Chinesen, die selbst ein umfangreiches Atomprogramm betreiben, haben vermutlich wenig Geduld für europäische Zankereien. Emmanuel Macron und Angela Merkel werden sich intensiv bemühen müssen, damit statt rangniederer chinesischer Vertreter Xi selbst nach Leipzig kommt.

Die Briten spielen als Gastgeber in Glasgow eine Schlüsselrolle für den Erfolg der Gespräche. COP 26 ist auch ein Test für die neuen diplomatischen Nach-Brexit-Beziehungen zwischen der EU und London. Doch vor allem muss die EU das ihr Mögliche tun, um Spaltungen in den eigenen Reihen zu vermeiden.

Das bedeutet, dass eine Einigung erzielt werden muss, die auch die widerspenstigen Polen einschließt. Warschau hat deutlich gemacht, dass es mehr Geld will. Niemand lässt sich gern erpressen. Aber wir stehen an einem Wendepunkt.

Es ist wichtig, in diesem entscheidenden Augenblick die COP-Show am Laufen zu halten. Ein interner EU-Kompromiss, und sei er noch so teuer, ist dafür ein niedriger Preis.

Aus dem Englischen von **ANNE EMMERT**

ADAM TOOZE ist Professor an der Columbia Universität und bearbeitet schwerpunktmäßig das Thema Wirtschaftsgeschichte. Er leitet dort außerdem das European Institute.